

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Syrisch-türkische Eskalation verhindern

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag betrachtet mit Besorgnis die Entwicklung des syrisch-türkischen Konfliktes.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung den NATO-Partner Türkei zur Mäßigung auffordert und sich nicht im Rahmen einer Bündnispflicht auf militärische Handlungen einlässt.
 2. sich auf Bundesebene für die bevorzugte und unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen aus der Krisenregion einzusetzen.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Am 3. Oktober 2012 wurde der türkische Grenzort Akcakale aus einem syrischen Grenzort, der kurz davor durch die bewaffneten Aufständischen erobert worden war, mit Granaten beschossen. Die syrische Regierung hat sich bereits dafür entschuldigt und den Familien der Getöteten ihr Beileid ausgesprochen. Auch eine Untersuchungskommission wurde gebildet.

Aus Anlass dieses Zwischenfalls hat das türkische Parlament den Ministerpräsidenten für die Kriegsführung gegen das Nachbarland Syrien ermächtigt.

Türkische Friedensorganisationen und andere Initiativen haben daraufhin unter dem Motto: „Nein zum Krieg gegen Syrien“ in vielen türkischen Städten demonstriert. Auch im türkischen Parlament gab es keine einhellige Zustimmung zu dieser Kriegsermächtigung.

Die Bundesregierung muss als NATO-Verbündete die anderen Mitglieder zur Mäßigung aufrufen und sich klar und deutlich gegen eine militärische Intervention im Rahmen einer Bündnispartnerschaft positionieren.

Eine Internationalisierung des Konfliktes würde unabsehbare Folgen für Frieden und Stabilität im Nahen Osten und weit über ihn hinaus bedeuten.